

# Außenwirtschaftsförderung: Neue Chancen für Umwelt- & Menschenrechtsstandards

TINA HAUPT, WEED E.V.

*Die Bundesregierung unterstützt die deutsche Wirtschaft mit Bürgschaften in Milliardenhöhe im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung. Die Förderung konzentriert sich vor allem auf Länder mit schwacher Regulierung und kritische Großprojekte - und bietet daher die Chance, Umwelt- & Menschenrechtsstandards global durchzusetzen.*

Jährlich bürgt die Bundesregierung für die globalen Geschäftstätigkeiten deutscher Unternehmen - insbesondere in Ländern, die durch wirtschaftliche Risiken, oft aber auch durch problematische Menschenrechtslagen und schwache Regulierung gekennzeichnet sind. Allein im Jahr 2022 umfassten diese Bürgschaften insgesamt 30 Milliarden Euro. Sie ermöglichen Unternehmen oft erst Geschäfte, die ansonsten zu risikobehaftet wären. Hermesbürgschaften dienen dabei der Exportförderung, Investitionsgarantien sichern Auslandsinvestitionen ab und mit Garantien für ungebundene Finanzkredite fördert die Bundesregierung Rohstoffvorhaben im Ausland.

## AKTUELLE STANDARDS GENÜGEN NICHT

Projekte mit einer Laufzeit von mehr als 2 Jahren und einem Umfang von mehr als 15 Millionen Euro werden einer sogenannten Umwelt- und Menschenrechtsprüfung (USM-Prüfung) unterzogen. Die Umsetzung dieser USM-Standards ist jedoch mangelhaft. Das zeigt beispielsweise das Projekt zur Erweiterung der [Bauxit-Mine in Sangaredi](#), Guinea. Die deutsche ING DiBa Bank gab dem halbstaatlichen Bergbauunternehmen Compagnie de Bauxite Guinée (CBG) hierfür einen Kredit in Höhe von 293 Millionen US-Dollar. In den vergangenen Jahren bezog Deutschland bis zu 90 Prozent seiner Bauxit-Importe aus dieser Mine. Deshalb sicherte die Bundesregierung diesen Kredit mit einer Garantie für Ungebundene



Foto: freepik.com

Finanzkredite (UFK) ab. Mit dem Vertrag verpflichtete sich das Unternehmen zwar zur Einhaltung der USM-Standards, in der Praxis wurden diese aber nicht konsequent umgesetzt, wie FIAN bei einem Besuch in Guinea im Dezember 2022 feststellte. Auch im Monitoring-Bericht der Firma Ramboll wurde auf die Missstände, etwa unzumutbare Luft- und Wasserverschmutzung, Sprengungen in der Nähe von Siedlungsgebieten oder die Umsiedlung auf unfruchtbares Land ohne ausreichende Entschädigungen, hingewiesen.

## INTERVENTIONEN ZEIGEN ERSTE ERFOLGE

In Gesprächen mit der Bundesregierung und dem Mandatar Euler-Hermes forderte das CorA-Netzwerk eine strengere Überwachung der geförderten Projekte und setzte sich dafür ein, dass Abhilfemaßnahmen eingeleitet werden. Nachdem FIAN eine Beschwerde über die akute Verschmutzung eines Flusses im Gebiet der Mine mit Fotos aus Guinea an den Mandatar weiterleitete, wurde Euler Hermes aktiv, so dass sich die Wasserqualität des Flusses im Anschluss deutlich verbesserte. Dieses Beispiel verdeutlicht das Potenzial, durch Außenwirtschaftsförderung zur Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechten beizutragen.

Kriterien für eine grundsätzliche Verbesserung der Vergabekriterien haben 25 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen vor den

Bundestagswahlen in einem gemeinsamen Positionspapier zusammengefasst. Einen Schritt in Richtung Klimaschutz hat die Bundesregierung nun unternommen. Ende 2023 traten so genannte „Sektorleitlinien“ für die deutsche Außenwirtschaftsförderung in Kraft. Mit diesen will die Bundesregierung die Vergabe ihrer Hermes-Exportkreditgarantien und Investitionsgarantien mit dem 1,5-Grad-Ziel von Paris in Einklang bringen und somit

das Glasgow Statement, also das Versprechen, die direkte Unterstützung fossiler Energieträger mit öffentlichen Geldern zu beenden, einlösen. Die Leitlinien bleiben allerdings hinter dem zurück, was CorA-Trägerorganisationen gefordert hatten, und hätten deutlich ambitionierter ausfallen müssen, um zügig aus der fossilen Infrastruktur auszusteigen.

“

Die Lobbyarbeit der deutschen Industrie hat zum Glück nicht zu einer massiven Schwächung der Leitlinien geführt. Doch die zahlreichen Ausnahmen im Regelwerk sind eine Gefahr für den Klimaschutz. Sollten sie intensiv angewandt werden, kann die Bundesregierung ihr Versprechen, die Außenwirtschaftsförderung mit dem 1,5-Grad-Ziel in Einklang zu bringen, nicht halten. Wird die Anwendung der Regeln hingegen strikt am Klimaschutz orientiert, sind sie ein Schritt in die richtige Richtung. Viel hängt jetzt von einer konsequenten Umsetzung ab.“

*Regine Richter, Energie-Campaignerin bei urgewald:*

